



Protokollauszug zum WIRTSCHAFTSAUSSCHUSS

am Dienstag, 23.09.2025, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Vorstellung Andreas Bareiß als neuer
Direktor der Filmakademie Baden-
Württemberg GmbH
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** begrüßt alle Anwesenden, eröffnet die Sitzung des Wirtschaftsausschusses und stellt den neuen Direktor der Filmakademie Baden-Württemberg GmbH vor.

Der **Direktor** der Filmakademie Baden-Württemberg GmbH erläutert, anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, den geplanten Transformationsprozess. Der bisherige Direktor sei selbst Künstler, Dokumentarfilmer, Fotograf und Autor gewesen und habe das Haus 20 Jahre lang sehr erfolgreich geführt. Er selbst sei ein Freund der Kunst und komme aus der Wirtschaft. Bevor er im Management des französischen Studios Gourmand tätig gewesen und die Berliner Niederlassung geleitet habe, war er Partner in einer Anwaltskanzlei gewesen. Die Filmakademie Baden-Württemberg beherberge neben den preisgekrönten klassischen Filmen (Autorenfilme und Dokumentarfilme) ein Animationsinstitut. Eine weitere Abteilung bilde das „atelier ludwigsburg paris“, ein Ausbildungsprogramm für europäische Produzent*innen. Die Filmakademie sei auch die „FMX“ Europas größte Konferenz für Animation und „visual effects“. Der Direktor versuche die Eigen-Identifikationen und Eigenmarken des Hauses zu bewahren und zu stärken und es dabei gleichzeitig als ein Haus zu sehen. Von den Studierenden sei er auf den Kosenamen „Hogwarts Castle“ der Akademie aufmerksam gemacht worden. „Hogwarts Castle“ sei ein Internat für Kinder mit magischen Fähigkeiten, eine der bedeutendsten Zauberschulen der Welt. Eine der Stärken der Akademie sei, dass sie sich nicht in München, Köln, Hamburg oder Berlin befinde, sondern im Herzen Europas. Die Welt verändere sich und der neue Direktor werde den Fokus auf Europa und den mittel- und osteuropäischen Raum legen. Die Filmakademie sei von Weltrang. Als Aka-Faktor (Seite 9) sehe er das Campus Leben in Ludwigsburg, das eine intensive lebenslange Zusammenarbeit ermögliche. Am 1. und 2. Oktober 2026 feiere die Filmakademie das 35-jährige Jubiläum der Akademie, das 25-jährige Jubiläum des „atelier ludwigsburg paris“, des deutsch-französischen Filmförderungsabkommens (Minitraité) und der deutsch-französischen Filmakademie, die von Gerhard Schröder und Jacques Chirac ins Leben gerufen wurde. Der zentrale Festakt mit einer Werkschau werde unter dem Motto „Freiheit“ stattfinden. Die Kunst

sei gleichzeitig Wirtschaft, aber die Filmakademie bilde die künftigen Multiplikator*innen einer freien demokratischen Gesellschaft aus.

OBM **Dr. Knecht** betont, dass die Stadt Ludwigsburg stolz sei auf die Hochschule und sich auf die Zusammenarbeit freue.

Laut Stadtrat **Prof. Vierling** seien interessante Impulse aufgezeigt worden. Ludwigsburg wolle ein guter Standort sein für die Kreativwirtschaft, die Filmbranche und darstellende Kunst. Das Gremium sei auf eine Rückspiegelung angewiesen, was die Akademie und die Studierenden von der Stadt brauchen und erwarten. Kunst müsse ein Partner von Politik und Gesellschaft sein, da sie prägend einwirken. Wahrheit und Fiktion müsse gelernt werden. Stadtrat Prof. Vierling bedankt sich abschließend für die Auftakt zu den kommenden Gesprächen.

Für Stadtrat **Meyer** sei die Strahlkraft der Akademien wichtig. Früher habe die Akademie Preise gewonnen und das Gremium signalisiere den Wunsch in diese Richtung. Ein Gründerzentrum sei entwickelt worden, viel hänge an den Kontakten zu den Sendern. Baden-Württemberg müsse in den Gründungen gestärkt werden mit finanziellen Förderungen durch einen Sender oder der Landespolitik.

Stadtrat **Peifer** wünscht dem neuen Direktor alles Gute für seine Arbeit.

Stadtrat **Dr. O´Sullivan** halte die Filmakademie für einen besonderen Player in den Bereichen Kunst, Wirtschaft und Politik. Das Ziel der Freiheit und Demokratie sei ein wichtiger Hinweis. Der Standort und die Bedeutung für die Gesellschaft wirken weltweit und auch in die Stadt Ludwigsburg. Er hoffe auf positive Effekte für die Wirtschaft und Gründerszene in der Stadt. Stadtrat Dr. O´Sullivan betont, dass die Akademie in der Stadt deutlich präsenter sei, als alle anderen Hochschulen. Sie Sorge für Leben in der Stadt und die Angebote in der Stadtgesellschaft seien sehr wichtig.

Stadträtin **Kuhnke** findet das Thema Freiheit wichtig und die Studierenden sollten in den Gedanken und der Umsetzung frei sein dürfen.

Stadtrat **Haag** sehe die Herausforderung als gegeben, da in der Vergangenheit viele zum Produzieren in andere Städte gegangen seien. Die Rückmeldungen aus der Filmwirtschaft der Region Stuttgart seien eher verzweifelt. Der Staatsvertrag beim SWR und die Pflicht zur Regionalisierung werde hoffentlich auf die Produktionsbedingungen durchschlagen.

Stadtrat **Prof. Vierling** ergänzt, dass die beiden Festivals NaturVision und die Ludwigsburger Schlossfestspiele von der Kooperation mit der Filmakademie im Bereich der Sichtbarkeit, Produktivität und Inspiration profitieren könnten.

Der **Direktor** der Filmakademie erwähnt, dass er gebürtiger Ludwigsburger sei und selbst an der Filmakademie studiert habe. Ein großer gewachsener Organismus müsse Schritt für Schritt transformiert werden. Der SWR habe seither alles innerhalb des Hauses produziert. Künftig werden Produktionen abgegeben, wenn eine sichere

Umsetzung gewährleistet werden könne. Die Leute wurden in der Filmakademie ausgebildet, seien aber dorthin abgewandert, wo ein großes kreatives Biotop vorhanden sei. Durch die Landesförderung bzw. Produktionsförderung stünden nur halb so viel Mittel zur Verfügung wie in Bayern oder Berlin. Es werde deutlich mehr benötigt. Das 6-Säulen-Modell greife ineinander, nur finanzielle Mittel oder nur der SWR werden allein nicht ausreichen. Der Direktor habe mit dem SWR ein Zukunftspakt geschlossen, dass sich der SWR mit gesicherten Mitteln an der Filmakademie engagiere.

OBM **Dr. Knecht** stellt fest, dass die diesjährige Auszeichnung als gründungsfreundlichste Kommune viel mit der Filmakademie zu tun habe. Das Zusammenspiel der Wirtschaftsförderung mit der Akademie und anderen gesellschaftlichen Firmen sei eine gute Basis und müsse auf andere Standorte im Land erweitert werden. Ludwigsburg wolle ein guter Standort sein, in dem Studierende sich wohl fühlen.

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** des Fachbereiches Finanzen leitet in den Tagesordnungspunkt ein. Der Jahresabschluss liege derzeit bei der Revision zur Prüfung.

Der **stellvertretende Leiter** des Fachbereiches Finanzen stellt anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, den Jahresabschluss der Stadt Ludwigsburg 2024 vor. Bei der Ergebnisrechnung (Seite 2) habe sich das Ergebnis für 2024 zwar verbessert, aber es sei dennoch ein negatives Ergebnis. Der laufende Ertrag werde nicht vom laufenden Aufwand gedeckt. Im Bereich der Transferaufwendungen seien von den freien Kita-Trägern Mittel nicht abgerufen worden. Bei den Investitionen (Seite 4) konnten auf der Ertragsseite nicht alle Grundstücke verkauft werden. Auf der Auszahlungsseite nicht alle geplanten Grundstücke gekauft werden. Der Großteil der nicht abgeflossenen Mittel liege aufgrund von Bauverzögerungen im Bereich der Baumaßnahmen, wie beim Bildungszentrum West. Bei den Investitionsfördermaßnahmen seien unter anderem die Zuschüsse an Kita-Träger für neue Kitas nicht abgeflossen.

Stadträtin **Schittenhelm** stellt fest, dass die Gewerbesteuer weiterhin auf einem hohen Niveau sei. Sie bittet bei den außerordentlichen Erträgen um Erläuterung, was genau hinter dem Verkauf von städtischen Grund- und Sachvermögen und dem Sach- und Dienstleistungsaufwand stecke.

Stadtrat **Meyer** vermutet, dass aus Berlin keine große Hilfe zu erwarten sei, denn eine dauerhafte zusätzliche Finanzierung sei nötig. Er sei dankbar für die hohe Gewerbesteuer, man müsse sich aber darauf einstellen, dass die Einnahmen in diesem Bereich gleichbleiben könnten. Bei der Personalkostenentwicklung könne sich die Stadt keine Erhöhung leisten. Er fragt, was sich hinter den Forderungsabschreibungen verberge und wie viele Kredite als Kreditermächtigungen ins nächste Jahr übertragen werden.

Stadtrat **Raasch** möchte wissen, wie die Bilanz aussehe, wenn alle Gelder abgeflossen wären und was genau an Fördergeldern ausbezahlt wurde. Er fragt, was Zensus die Stadt gekostet habe.

Stadtrat **Dr. O' Sullivan** hinterfragt, ob bei den Grundstücksgeschäften etwas Besonderes angefallen sei, dass über Buchwert so viel veräußert werden konnte, wie der Stand der Kassenkredite im Jahr 2024 gewesen sei und wie die Erwartungswerte im laufenden Jahr liegen.

Auch Stadträtin **Kuhnke** interessiert der aktuelle Stand der Gewerbesteuer und die Diskrepanzen bei den Bau- und Investitionsförderungsmaßnahmen. Die Tarifierhöhungen können nicht umgangen werden. An Personalentwicklungsausgaben können Einsparungen generiert werden. Stadträtin Kuhnke könne nicht nachvollziehen, weshalb die Stadtverwaltung in der Haushaltsplanung von einem Jahr auf das nächste so tief in die roten Zahlen fallen konnte.

Stadtrat **Haag** stellt klar, dass der Gewerbesteuerwert zwar der gleiche sei wie im Jahr 2023, aber mit 10 Hebesatzpunkten weniger erreicht wurde. Bezüglich der Bauausgaben stellt er fest, dass auch, wenn alle Ebenen mehr Geld zur Verfügung stellen, es dennoch nicht mehr Gewerbetreibende gebe. Es ärgere ihn, am Beispiel des Bildungszentrum West, dass unsere Kinder die Sanierung der eigenen Schule bezahlen müssen. Die Generation, die von den Vorvätern eine intakte Infrastruktur übernommen habe, habe 20 jahrelang geschlafen, wohlwissend wie die Entwicklung und Demografie laufen werde.

OBM **Dr. Knecht** führt aus, dass die Stadtverwaltung aktiv gewerbesteuerstarke Unternehmen mit neuen Schwerpunkten suche, die sich in Ludwigsburg ansiedeln, um den Wirtschaftsstandort weiter auszubauen. Die Stadt profitiere gerade von dem guten Gewerbemix. Der anvisierte Wert für das Jahr 2025 werde momentan übertroffen. Die Verwaltung arbeite schwer daran Personalzahlen und die Ausgaben zu reduzieren. Die Kehrtwende und der Abbau wurden bereits in Corona Zeiten eingeleitet. Der Personal- und Stellenplan für das kommende Jahr 2026 werde ein Minus aufweisen. OBM Dr. Knecht sei der Meinung, dass die Verwaltung nicht mit der Wirtschaft verglichen werden könne. Die öffentlichen Auftrags- und Aufgabenstellungen müssen erfüllt werden. Mit allem Nachdruck müsse Personal abgebaut werden. Bei den Haushalts-Vorbereitungsgesprächen sei deutlich geworden, dass WIN LB vor allem in den Bereichen Transferzahlungen und Sachausgaben stark wirke. Im letzten Jahr sei die Wirkung von WIN LB deutlicher gewesen. In diesem Jahr sei die Wirkung durch die verschobene Grundsteuererhöhung zum 01.01.2027 und die Auslassung des Stadtticket zu kündigen verhaltener. OBM Dr. Knecht wirft auf, dass 90% der kommunalen

Haushalte im Jahr 2023 in den schwarzen Zahlen und 87% der Haushalte im Jahr 2024 in den roten Zahlen gelegen seien.

Der **Fachbereichsleiter** ergänzt, dass in den deutschen Kommunen die Zahlen bereits im Jahr 2023 gefallen seien und das Thema in der Haushaltsklausur vorgetragen werde. Der Quartals-Zwischenbericht zum 3. Quartal 2025 zur Gewerbesteuer werde ebenfalls in der Klausur und der Haushaltseinbringung vorgestellt. Bei den außerordentlichen Erträgen handle es sich meist um Buchgewinne aus Grundstücksverkäufen, wenn Äcker mit wenig Wert in den Büchern stehen und diese dann als Bauplatz verkauft werden können. Der Sach- und Dienstleistungsaufwand umfasse viele verschiedene Sachkonten von Gebäude- und Grünflächenunterhaltung bis zu Strom, Wasser, Heizung, Gebäudereinigung und Mieten und Pachten. Der Posten sei im Haushalt aufgeschlüsselt. Das Sondervermögen sei nur investiv, die Verwaltung bekomme keine Unterstützung für den laufenden Haushalt, sondern es gehe nur um Investitionsförderung. Es werde Förderprogramme vom Land geben und die Verwaltung sei bereit Anträge zu stellen.

OBM **Dr. Knecht** erwähnt, dass die Verwaltung mit maximal 6 Mio. € jährlich vom Land rechnen könne, was aber nicht belastbar sei.

Der **Fachbereichsleiter** fährt fort, dass das Land sich noch nicht dazu bekannt habe, wieviel Prozent der Mittel an die Kommunen weitergegeben werden, dies könne jedes Land selbst entscheiden. Was die Bauauszahlungen betreffe, sei die planerische Zahl von 25,5 Mio. € heute bereits erreicht worden, was zur Folge habe, dass dieses Jahr aufgrund des Bildungszentrum West deutlich mehr ausgegeben werde. Die Förderungsabschreibungen nehmen mit 2,1 Mio. € leider zu, durch mehr Insolvenzen und Bußgelder. Die Kreditermächtigungen gelten laut Gesetz weiter bis zum Erlass der übernächsten Haushaltssatzung. Ermächtigungen von 2024 gelten demnach bis zum Erlass der Satzung 2026. Wenn alles gebaut werden würde, müssten die Mittel fremdfinanziert werden. Kassenkredite seien momentan keine aufgenommen und dienen bei Bedarf nur der kurzfristigen Überbrückung. Das Land habe die Finanzausgleichszahlungen für alle Kommunen vorgezogen.

Der **stellvertretende Fachbereichsleiter** informiert, dass der Zensus für das Jahr 2024 keine Auswirkungen habe. Für das Jahr 2025 werden die Ergebnisse aus dem alten und neuen Zensus zu Grunde gelegt und ab dem Jahr 2026 werden die neuen Einwohnerzahlen berücksichtigt. Die Stadt werde anstatt bei 95.000 Einwohnern, bei 93.000 Einwohnern liegen und damit für 2.000 Einwohner die Kopfbeträge im Finanzausgleich verlieren. Der Kopfbetrag ändere sich jedes Jahr, deshalb könne nicht berechnet werden, was dies für Auswirkungen haben werde.

OBM **Dr. Knecht** halte es bei den Fördergeldern für spannend, was Landes- und Bundesregierung priorisieren werden.

Stadtrat **Meyer** erklärt, dass die Notwendigkeit der Schulsanierung gesehen worden sei. Durch den vom Bund auferlegten Rechtsanspruch im Kitabereich musste die Schulsanierung aufgeschoben werden.

Beratungsverlauf:

Die **Leiterin** des Fachbereiches Organisation und Personal leitet in den Tagesordnungspunkt ein.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Organisation und Personal erläutert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, die Auslagerung der städtischen Entgeltabrechnung. Wie bereits in der Vorl. Nr. 85/25 vom April 2025 dargelegt, sei die Abteilung 10-3 personell sehr geschwächt und es sei dauerhaft nicht möglich die notwendigen Personal-Kapazitäten zu erhalten und aufzubauen. Fehlende Fachexpertise und Expertenwissen seien ein weiterer wichtiger Aspekt. Zum 01.05.2025 wurden bereits ca. 800 Gehaltsfälle an die Komm.One ausgelagert. Durch eine Auslagerung der Entgeltberechnung werden nicht alle Aufgaben ausgelagert und gewisse Stellenanteile weiterhin benötigt. Die pünktliche und korrekte Auszahlung von Gehältern sei oberste Arbeitgeberpflicht.

Die **Fachbereichsleiterin** führt aus, dass der ursprüngliche Impuls bereits vor ca. 1,5 Jahren im Fachbereich diskutiert wurde. Im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung werden Effizienz, Effektivität und Wirtschaftlichkeit betrachtet. Bei fehlender Fachlichkeit und der Belastung der Mitarbeiter werden auch die verbleibenden Aufgaben kritisch geprüft. Die Mehrkosten seien vor dem Hintergrund der Effektivität und Risikominderung gut tragbar.

OBM **Dr. Knecht** betont, WIN-LB sei nicht nur Konsolidierung.

Stadträtin **Schittenhelm** könne nicht nachvollziehen, dass kein Personal gefunden werde. Abrechnungen müssen zuverlässig erfolgen. Sie fragt, ob es Alternativen zu Komm.One gebe, um keine Abhängigkeiten zu schaffen. Inhaltlich wäre es besser die Abrechnung im Haus zu behalten.

Stadtrat **Passaro** bemerkt, dass eine Auslagerung sinnvoll sei, wenn damit auch die möglichen rechtlichen Folgen ausgelagert werden. Auch er möchte wissen, ob es Konkurrenz am Markt gebe oder man dem Unternehmen ausgeliefert sei. Spezielle Bereiche können abgegeben werden, um qualifiziertes Personal nicht vorhalten zu müssen.

Stadtrat **Raasch** möchte wissen, wie lange die Auslagerung geplant sei, um im Zuge der Fortschreitenden KI flexibel zu bleiben und nicht jahrelang gebunden zu sein.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** erinnert an die Diskussionen über interkommunale Zusammenarbeit. Es sei ein sinnvoller Schritt einen überregional fachlich spezialisierten Dienstleister einzuschalten. Es sei auch richtig gewesen, dass das Land seine Aufgaben zentralisiert habe. Da sie für die Stadtverwaltung nicht

gewinnbringend gewesen seien, sei es ein guter Anlass individuelle Einzelfall-Zusammenarbeiten (wie mit der Stadtverwaltung Sachsenheim) zu beenden. Er fragt, was genau Komm.One übernehme.

Stadträtin **Kuhnke** kenne die Herausforderungen der Entgeltabrechnung. Sie gehe davon aus, dass die vorbereitende Lohnbuchhaltung im Haus bleibe und fragt, wie die Daten ins System gelangen. Sie vermute, dass die Kosten pro Abrechnung anfallen und nicht pauschal. Wenn Mitarbeiter reduziert werden, werden auch weniger Kosten für die Entgeltabrechnung anfallen. Stadträtin Kuhnke fragt, welche Aufgaben bei der Stadt verbleiben und ob im Schichtsystem gearbeitet werde. Die Reisekostenabrechnung sei keine Aufgabe von der Personalabteilung, werde dort aber gerne angesiedelt. Sie bittet um präzisere Erläuterung der Wirtschaftlichkeitsberechnung (Seite 9).

Auch Stadtrat **Haag** interessiert, weshalb die Abrechnung an Komm.One vergeben werde, ob es Vergleichsangebote gebe und ob man beim LBV angefragt habe. Inhaltlich habe er für die Auslagerung Verständnis.

Die **Fachbereichsleiterin** ergänzt, dass Komm.One ein Dienstleister sei, mit dem die Stadt bereits zusammenarbeite, man auf vorhandene Strukturen aufbauen könne und die Verwaltung sich mit der ersten Auslagerung bereits für Komm.One entschieden habe. Private Dienstleister seien keine Option. Nicht in allen Punkten sei Komm.One der perfekte Dienstleister. Ein vollständig neuer Aufbau eines Systems könne von Verwaltungsseite her mit den vorhandenen Ressourcen nicht geleistet werden. Aufgrund der Komplexität und dem breiten Beschäftigtenfeld im Tarifrecht, den sozialen und technischen Berufen, sei die Personalgewinnung sehr schwierig. Man hoffe durch die KI viele Themen einfacher nutzen zu können. Die Verwaltung habe ein digitales Mitarbeiterportal. Für die verbleibenden Aufgaben und gewisse Verantwortlichkeiten gebe es ein koordinierendes Team. Die Reisekostenabrechnung werde verlagert. Die Sozialabgaben werden vom Dienstleister übernommen und der Vertrag mit Komm.One sei vorerst für 2 Jahre abgeschlossen. Die Abrechnung erfolge nach Fallzahlen.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Organisation und Personal ergänzt, dass die Datenübergabe an den Dienstleister vorwiegend digital erfolge und dadurch Stellenanteile eingespart werden können.

Der **stellvertretende Leiter** der städtischen Wirtschaftsförderung und ein **Vertreter** der Bürgerdienste gehen anhand einer weiteren Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Ablösung des Programmes „Studierende Willkommen“ ein.

Stadtrat **Prof. Vierling** stellt klar, dass den Studierenden weiterhin entgegengekommen werde. Er fragt, wann das Guthaben für die Stadt ausgabewirksam werde und aus welchem Grund LUIS das Programm übernehme.

Stadtrat **Passaro** halte Anreizsysteme für gut. Er fragt auch, weshalb das Programm von LUIS übernommen werde und was sich hinter der Landesförderung verberge.

Stadtrat **Raasch** unterstütze die Entscheidung als LUIS-Mitglied. Es sei schade, wie wenig Studierende hier mit erstem Wohnsitz gemeldet seien und man müsse diese wieder nach Ludwigsburg holen. Er spricht sein großes Lob an LUIS aus, da diese das Programm weiterführen. Er plädiert dafür, dass die Stadt sich weiterhin am Programm LUIS beteilige und keine Kürzungen vorgenommen werden.

Stadtrat **Dr. O´Sullivan** halte den Anreiz von 150 € für angemessen. Wenn eine Art von Verwaltungsvereinfachung damit verbunden sei und auf ein altbewährtes System mit den Gutscheinen umgestellt werde, sei dies ein hervorragenden Vorschlag im WIN-Paket. Er kritisiert die wenigen Anmeldungen der Studierenden. Stadtrat Dr. O´Sullivan gehe davon aus, dass LUIS vorhandene Strukturen nutzen werde und nicht größere Kosten entstehen.

Stadträtin **Kuhnke** erkundigt sich, ob es nicht sinnvoller sei das Programm einzustellen. Ein Mehrwert sei nicht erkennbar.

Stadtrat **Haag** stimme dem Vorschlag zur StuWiCard zu und fragt, ob eine Zweitwohnungssteuer geprüft wurde.

Der **Vertreter** der Bürgerdienste erläutert, dass erst nach Einlösung des Guthabens von der StuWieCard die Verwaltung bezahlen müsse. LUIS betreibe das Gutscheinsystem, an das die Verwaltung andocken möchte. Die Verwaltung werde sich weiterhin um die Ausgaben der Gutscheinsysteme für die Studierenden kümmern. Durch Präsenz an den Hochschulen werde die Meldepflicht in den Vordergrund gerückt und die melderechtlichen Konsequenzen mit einem Anreizsystem verknüpft. Ob das Anreizsystem Wirkung habe, sei nicht darstellbar. Die Gründe für ein Nichtanmelden in Ludwigsburg liege in der Regel bei der GEZ, deren Gebühren in drei Jahren höher liegen als das Anreizsystem.

Der **Citymanager** von LUIS bekennt, dass dies ein schmerzhafter Einschnitt für den Verein sei. Die StuWieCard sei das Basissystem für die Abwicklung des LUIS-Gutscheines gewesen. Seither konnte der Gutschein digital über eine Smartphone Lösung in den Geschäften eingelöst werden. Der LUIS- Gutschein müsse weiterentwickelt werden. Es liege ein Förderbescheid über 42.000 € vom Land Baden-Württemberg vor, um das neue System zu implementieren. LUIS übernehme die StuWieCard selbstständig auch als Beitrag zu WIN-LB. Möglich sei dies dadurch,

dass der Verein wachse und die über 400 Mitglieder Planungssicherheit geben. Auch Gespräche mit Sponsoren haben stattgefunden. Der Citymanager sagt zu in 2026 nicht mehr Geld von der Stadt zu fordern. Er sei froh, wenn es bei den bisherigen Zuschüssen der Stadt bleibe. Das Anreizsystem werde als sehr wichtig erachtet. Pro Anmeldung mit Hauptwohnsitz erhalte die Stadt über den Kommunalen Finanzausgleich ca. 700 €.

OBM **Dr. Knecht** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.